Die Sieben Themen meiner Bischofszeit

(13.079 Zeichen mit Leerzeichen)

Bischof in Berlin sei der schwierigste Job, den die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) zu vergeben hätte, wurde ich gewarnt, als ich mich in Berlin zur Wahl stellte, und ob ich mir denn überlegt hätte, was es bedeutet, in den Osten zu den Atheisten zu gehen. Heute, zehn Jahre später weiß ich, dass es gut war, von West nach Ost zu ziehen, und das Amt des Bischofs der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) zu übernehmen: Es ist das interessanteste Amt ist, das die EKD zu vergeben hat! An sieben prägenden Erlebnissen, die für sieben Themen stehen, will ich dies zeigen.

I.

Besuch im Schloss Bellevue zu Beginn der Amtszeit von Bundespräsident Joachim Gauck. Er gibt mir Folgendes mit auf den Weg: „Sie kommen aus dem Westen und sind nun im Osten Bischof. Sie müssen Brückenbauer sein.“

Dass der Graben zwischen Ost und West zum Teil noch recht tief ist, habe ich sehr bald nach Amtsantritt gemerkt. Im Westen Deutschlands ist nach dem Mauerfall nur sehr oberflächlich wahrgenommen worden, was die neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Zeit der DDR und danach durchlebt haben. Deshalb habe ich zunächst viel und lange zugehört, bevor ich mich öffentlich zu den Erfahrungen in Ostdeutschland geäußert habe. Zu Beginn meiner Amtszeit habe ich eine Arbeitsgruppe berufen, in der ich mit Menschen mit Ost-Biographie die Frage diskutiert habe: „Was soll und kann die Kirche tun, um die Folgen der Kommunistischen Diktatur aufzuarbeiten?“ Im Laufe der Zeit habe ich dann Symposien angeregt, zu den Fragen, was aus den kirchlichen Gemeindepartnerschaften zwischen Ost und West nach 1990 geworden ist, oder wie es Pfarrerinnen und Pfarrern ergangen ist, die in Mauerzeiten die DDR verlassen haben und in den Westen gegangen sind.

Erst in den letzten Jahren bin ich von westdeutschen Kirchen zu Vorträgen eingeladen worden, um von meinen Erfahrungen zu berichten. Ein bisschen wurde ich dabei wie ein Exot gehandelt: „Interessant, was Sie berichten. Und wie gut, dass es bei uns anders ist.“ Mein Fazit: Es besteht noch Gesprächsbedarf. Das Jubiläum 30 Jahre Deutsche Einheit im Jahr 2020 kann Gelegenheiten schaffen.

II.

Was die westdeutschen Landeskirchen besonders interessiert, sind die Erfahrungen, die wir als Kirche in der Minderheit machen und wie wir unsere Zukunft sehen. Um den damals gerade begonnenen Reformprozess „Salz der Erde“ voranzutreiben wurde ich 2009 gewählt. Das stärkste Erlebnis mit diesem Reformprozess hatte ich im Oktober 2014: Tausend Delegierte aus der gesamten Landeskirche, sitzen an achtzig Tischen im Hangar des Flughafens Tempelhof, eingeladen zu einem „Werktag“. Sie diskutieren zehn Thesen, die nach einer Befragung der Gemeinden zum Thema „Welche Kirche morgen?“ formuliert worden sind. Warum diese starke Basisbeteiligung? Als ich nach Berlin kam, spürte ich schnell, dass die Reformimpulse zwiespältig aufgenommen worden waren. Es gab die einen, die begeistert waren, aber auch andere, die die formulierten Zielvorstellungen als abseits ihrer kirchlichen Realität empfanden: „Jetzt haben `die da oben´ endgültig den Kontakt zur Basis verloren.“ Deshalb zunächst Umfragen, Thesen, Diskussionen. Dann die vereinbarte Zielrichtung: Wir wollen nicht zu einer Kirche werden, die allein die Frommen sammelt. Wir bleiben eine gesellschaftlich engagierte Kirche, auch wenn wir kleiner werden. Im europäischen Protestantismus gibt es viele Beispiele, wie dies gelingen kann.

Neben gemeinsamen Zielen braucht eine Kirche auch ein Gemeinschaftsgefühl. Das Reformationsjubiläum 2017 mit dem Kirchentag war das erste große Gemeinschaftserlebnis der 2004 gegründeten EKBO. Denn beim großen Ökumenischen Kirchentag in Berlin 2003 war die schlesische Oberlausitz noch nicht dabei. Heute bringt der sächsische Teil der EKBO seine geistlichen

Traditionen, seine Polen-Partnerschaft und hochaktuelle Themen ein. Besonders brisant ist der Strukturwandel in den Braunkohle-Regionen. Wir erleben hautnah die Spannung zwischen der Bewahrung der Schöpfung, für die wir in Berlin mit „Fridays for Future“ gemeinsam demonstrieren, und der Sorge um Arbeitsplätze in der Lausitz. Auch mit kleinen Zahlen eine Kirche mit gesellschaftlichem Auftrag zu bleiben, das ist das Ziel für die nächste Wegstrecke der EKBO.

III.

Durch das Engagement für Flüchtlinge ist die EKBO während meiner Amtszeit in besonderer Weise gesellschaftlich aktiv geworden. Das einschneidende Erlebnis fand im Oktober 2013 statt: Hungerstreik von Flüchtlingen auf dem Pariser Platz. Unsere Flüchtlingsberater sagen mir: „Es werden dort bald die Ersten sterben. Sie müssen jetzt zu ihnen hingehen und sie dazu bewegen, den Hungerstreik aufzugeben.“ Mit einem Vertreter der Diakonie Deutschland, einem Vertreter der EKD und der Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, gehe ich auf den Pariser Platz. Wir können die Flüchtlinge umstimmen. Sie beenden ihren Hungerstreik. Kirchengemeinden nehmen sie auf. Manche Gemeinden haben über sechs Jahre lang auf eigene Kosten den Geflüchteten Unterkunft gegeben, sie begleitet und mit der Hilfe vieler Ehrenamtlicher unterstützt.

Die Gespräche auf dem Pariser Platz haben mir damals deutlich gemacht, dass wir unser kirchliches Engagement für Geflüchtete verstärken müssen. Auf der Herbstsynode 2013 habe ich vorgeschlagen, eine unserer Berliner Kirchen zu einer Flüchtlingskirche umzugestalten, in der auch ehrenamtliche Helfer Unterstützung erhalten. St. Simeon in Kreuzberg ist es geworden. Dazu wurde im Jahr 2014 ein Gesamtkonzept der Flüchtlingsarbeit mit dem Titel „Kirche mit Flüchtlingen“ in nur drei Monaten erstellt. Als 2015 die große Zahl der Geflüchteten kam, waren wir vorbereitet. Inzwischen hat das Engagement für Geflüchtete sich zu einem Thema entwickelt, an dem sich die Geister scheiden.

Die Rechtspopulisten instrumentalisieren das Thema, um daraus politisches Kapital für ihre völkische Ideologie zu schlagen. Die Kirche aber muss für die Menschlichkeit eintreten, will sie ihrem Auftrag treu bleiben.

IV.

Eine kleine, aber wirkungsvolle Begebenheit hat mich bewogen, mich intensiver mit dem Rechtspopulismus zu befassen, nämlich die Frage eines Journalisten in der Pressekonferenz nach der Herbstsynode 2015: „Wäre es in Ihrer Kirche möglich, dass der Politiker Alexander Gauland in ein kirchenleitendes Gremium gewählt wird?“ Noch während ich mir eine Antwort überlegte, antwortete bereits ein anderes Mitglied der Kirchenleitung: „Nein, selbstverständlich nicht. Wer solche menschenfeindlichen Positionen vertritt, kann bei uns keine Leitungsverantwortung übernehmen!“ – Ich sah, wie der Journalist auf einen Zettel schrieb: „Treffer!“ und seinem Kollegen den Zettel zuschiebt. Dieser Treffer war der heilsame Anstoß, das Thema intensiv zu bearbeiten, und die Kirche für kommende Herausforderungen vorzubereiten.

Glücklicherweise hatten wir bereits im Jahr 2013 in der Grundordnung unserer Kirche die ethischen Kriterien für die Aufnahme einer Person in die Bewerberlisten für die Wahl in die ehrenamtliche Leitung einer evangelischen Kirchengemeinde präzisiert. Wer sich öffentlich „menschenfeindlich“ äußert, kann kein Leitungsamt in unserer Kirche übertragen bekommen. Ausschlaggebend ist das persönliche Verhalten. 2016 wurde die entsprechende Handreichung für die Gemeinden erarbeitet, 2019 wurde der Begriff „Menschenfeindlichkeit“ profiliert und mit Formulierungen des Allgemeinden Gleichbehandlungsgesetzes definiert.

Während des Kirchentages 2017 habe ich mit der Vorsitzenden der Christen in der AfD diskutiert. Dagegen wurde von denen protestiert, die jedes Gespräch mit den Rechtspopulisten ablehnen. Ich meine: Gespräche können geführt werden, wenn gewährleistet ist, dass sachlich diskutiert wird und dass niemandem

eine Bühne für seine Menschenfeindlichkeit geboten wird. Ziel der Gespräche muss sein, zu entlarven, wie hilflos die populistischen Parolen, Verschwörungstheorien und Angstszenarien sind, wenn sie mit realen Problemen konfrontiert werden. Die Diskussion auf dem Kirchentag hat Dissens bei allen Themen erbracht, aber ist fair und sachlich verlaufen. Ich bin davon überzeugt, dass die Kirche Jesu Christi heute eine klare Aufgabe hat: Sie muss aufzeigen, dass Rechtspopulismus für unser Land keine Alternative ist, erst recht nicht, wenn er die Grenze nach rechts-außen offen hält.

V.

Das klare Bekenntnis zum Dialog der Religionen ist die Gegenposition gegen die Versuche der Rechtspopulisten, den Kampf der Kulturen und Religionen zu schüren. Das entsetzliche islamistische Attentat mit zwölf Toten und vielen Verletzten am 19. Dezember 2016 auf dem Breitscheidplatz war ein einschneidendes Ereignis. Schon einen Tag später haben wir eine Trauerfeier in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche gestaltet. Die Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche selbst, mit der Ruine im Ensemble, mahnt uns, wohin Menschenverachtung, Hass und Gewalt führen, so der Inhalt meiner Predigt. Diese Kirche verkündet gerade nach dem entsetzlichen Attentat neu die Botschaft der Versöhnung: Wir werden uns nicht vom Hass und von der Gewalt des Terrors dazu verführen lassen, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Wir haben Vertreterinnen und Vertreter von Juden, Christen und Muslimen an der Gedenkfeier beteiligt. Denn statt den Kampf der Religionen zu befeuern, muss es das Anliegen aller Religionen sein, den interreligiösen Dialog zu fördern, zu vertiefen und konstruktiv-kritisch weiterzuentwickeln.

Ich konnte während meiner Dienstzeit an interreligiösen Konferenzen teilnehmen, in Tirana und Assisi, in Münster und Osnabrück, in Lindau, in Madrid und in Abu Dhabi, wo Papst Franziskus und Großimam Al Tayeb ein Dialogdokument unterzeichnet haben. Es ist zu beobachten, wie die Religionen

weltweit aufwachen und merken, dass sie gemeinsam aktiv werden müssen, um den Missbrauch des Namens Gottes für Gewalt, Machtherrschaft und Superioritätsdenken abzuwehren.

VI.

Das Projekt Europa ist für die christlichen Kirchen von herausragender Bedeutung, um das Zeugnis der Versöhnung zu leben. Eindrucksvoll war der Gottesdienst im Berliner Dom im November 2018, anlässlich des Gedenkens an 100 Jahre Ende des Ersten Weltkrieges. Gäste unserer Partnerkirchen aus England, Frankreich, Russland, Polen, Tschechien, Serbien, Slowenien waren gekommen. In meiner Predigt habe ich an die *Charta Oecumenica* erinnert, die die europäische Christenheit im Jahr 2001 verfasst hat, um den Auftrag der Kirchen in und für Europa in Selbstverpflichtungen verbindlich zu machen. Angesichts des neuen Nationalismus ist es dringend notwendig, an diese Selbstverpflichtung zu erinnern. Zum Abschluss des Gottesdienstes haben vier Jugendchöre, aus England, Frankreich, Russland und der Berliner Staats- und Domchor gemeinsam „Verleih uns Frieden gnädiglich“ gesungen.

Mit Sarah Mullaly, der ersten Frau auf dem Bischofssitz von London, habe ich einen Kanzeltausch organisiert. Sie hat im Berliner Dom gepredigt, ich in St. Pauls Cathedral in London, und zwar Ende März 2019, in der Erwartung, das wäre der Brexit-Termin. In Uppsala bin ich von Bischöfin Jakelen eingeladen worden, über unserer Erfahrungen mit dem Rechtspopulismus zu referieren. Die Partnerschaft mit den polnischen Kirchen haben wir intensiviert. Auch wenn die politische Situation zwischen Polen und Deutschland gespannt ist, soll die Versöhnungsgeschichte weitergehen.

VII.

Ein letztes Erlebnis: Ich war eingeladen auf einem Gesprächsabend in einer Wohnung im Prenzlauer Berg zum Thema „Die Bedeutung der Religion für die

Metropole Berlin“ zu sprechen. Volles Haus, viele Erwachsene im Alter zwischen 20 und 40 Jahren. Zum Schluss sagte eine junge Frau. „Das war alles sehr interessant, aber sie haben gar nicht über Ihren Glauben gesprochen.“ Das war nicht das mir gestellte Thema, dachte ich. Dennoch spürte ich: Hier darfst du nicht ausweichen. In kurzen Worten legte ich anhand der Dreifaltigkeit Gottes meinen persönlichen Glauben dar: Dass ich an Gott den Schöpfer glaube, das schenkt mir persönlich ein starkes Grundvertrauen und motiviert mich, alle Menschen als Geschöpfe Gottes zu achten, gleich welcher Kultur, Religion, Weltanschauung. Dass ich an Jesus Christus glaube, gibt mir ethische Orientierung: seine Bergpredigt, seine Botschaft, sein Weg der grenzüberschreitenden Nächstenliebe, seine befreiende Vergebungsbotschaft. Dass ich an den Heiligen Geist glaube, lässt mich auf die Kraft der Versöhnung vertrauen. Man hätte eine Stecknadel fallen hören können, als ich so von meinem persönlichen Glauben gesprochen habe.

Öffentlich wurde ich im Bischofsamt selten nach meiner Spiritualität gefragt. In Berlins Öffentlichkeit zählt, was hinten rauskommt: politisch, gesellschafts-politisch, ethisch. Trotzdem gehören die spirituellen Themen zu den sieben Schwerpunkten meiner Bischofszeit. Sie hatten in den unzähligen Andachten und Predigten, landauf, landab, ihren Raum, allerdings meist ohne mediale Meldungen zu generieren. Gemeldet wurde aus meinen Predigten vor allem, was politische Relevanz hatte. Und trotzdem: Ohne den persönlichen Glauben wäre alles nur „tönendes Erz oder klingende Schelle“ (1. Korinther 13, 1).